

Keine Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien

Offener Brief an die saarländischen SPD-Landtags- und Bundestagsabgeordneten



Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember wenden wir uns mit einem dringenden Appell an Sie: Setzen Sie sich dafür ein, dass die geplanten Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien, wie sie im Berliner Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD verabredet wurden, nicht umgesetzt werden. Wir halten diese Entscheidung angesichts der politischen und sozialen Situation in diesen Ländern für zynisch und ignorant.

„In Afghanistan besteht eine der größten humanitären Notlagen weltweit“, so das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Mit dem Machtantritt der Taliban vor vier Jahren wurde in Afghanistan ein Terrorregime installiert, das permanent Menschenrechtsverletzungen begeht. Trotzdem kollaboriert Deutschland mit dem Regime, nur um Menschen dorthin abschieben zu können. Ähnliches gilt für Syrien: Das geschäftsmäßige Outfit und staatsmännische Gehabe des syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Scharaa darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit ihm in Syrien ein Ableger von Al Qaida an die Macht gekommen ist. Die Lage im Land ist überall prekär und instabil. Es herrscht ein Klima der Gewalt und Brutalität.

Schon diese wenigen Tatsachen sprechen dafür, die Verabredung innerhalb der Koalition zu überdenken und sich für einen Abschiebestopp nach Afghanistan und Syrien einzusetzen. Ein Abschiebestopp wäre nicht nur ein Zeichen der Entwarnung gegenüber den vielen verunsicherten afghanischen und syrischen Geflüchteten, sondern auch ein humanitäres Signal in Richtung Gesellschaft.

Der Saarländische Flüchtlingsrat verwahrt sich dagegen, wenn in der Debatte über Abschiebungen inflationär die Figur des „Straftäters“ aufgerufen wird. Ihre Funktion ist klar: Sie soll Abschiebungen legitimieren und Türöffner sein für den Rest. Straftäter sollen bestraft werden. Unser Rechtsstaat hat dafür alle notwendigen Mittel zur Hand. Doppelbestrafungen und „Entsorgung“ problematischer Zeitgenossen durch Abschiebungen in autoritäre und von staatlicher Willkür geprägte Regime lehnen wir hingegen ab.

Die Politik der Bundesregierung steht wie keine zuvor für Abschreckung und Abschottung gegenüber Geflüchteten. Wir erinnern nur an die zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs oder die illegale Zurückweisung von Schutzsuchenden an den deutschen Außengrenzen. Anders gesagt: Die rechte Stimmungsmache wirkt. Am Ende werden Abschiebungen als Lösung gesellschaftlicher Probleme verhandelt. Was für ein Unsinn!

Sehr geehrte Abgeordnete der SPD Saar, machen Sie das nicht mit! Verteidigen Sie rechtsstaatliche Verfahren für Geflüchtete und das Menschenrecht auf Asyl! Setzen Sie sich für einen generellen Abschiebestopp nach Afghanistan und Syrien ein!

Mit freundlichen Grüßen

Vorstand Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.

Saarlouis, 9.12.2025

Kaiser Friedrich Ring 46
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 - 4877938
Fax: 06831 - 4877939
fluechtlingsrat@asyl-saar.de
www.asyl-saar.de

Büro Öffnungszeiten:
Dienstag: 13 – 17 Uhr

Vorstand:
Dilan Akdogan
Elke Klein
Peter Nobert
Tobias Schunk

Bankverbindung:
Kreissparkasse Saarlouis
IBAN: DE14 5935 0110 0200 6309 86
BIC: KRSADE55XXX